

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

19.01.2015

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am Montag, 19. Januar 2015, im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:17 Uhr

Mitglied

Herr Martin Banduch
Herr André Bleckmann
Frau Bettina Bruns
Herr Jan Evers
Herr Dr. Stefan Fassbinder
Frau Yvonne Görs
Herr Heiko Jaap
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Markus Kolbe
Herr Franz-Robert Liskow
Herr Thomas Mundt
Herr Walter Noack
Herr Dr. Sascha Ott
Frau Birgit Socher
Frau Brigitte Witt

Verwaltung

Herr Dr. König
Herr Dembski
Frau Vahl
Herr Kremer
Frau Teetz
Herr Wille
Frau Baas
Frau Schleer
Herr Wixforth
Herr Lubs
Herr Winkler

Gäste

Herr Lieschefsky
Frau Hase

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 10.11.2014
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Information zu der Theaterfusion/zum Eckwertepapier - Theater und Orchester im östlichen Landesteil
6. Beschlusskontrolle
7. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 7.1. 3. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (Beschluss.-Nr. B463-31/08)
Dez. III, Amt 32
- 7.2. Alternativmodell zur Zukunft der Theater Vorpommern GmbH
Bündnis 90 / Die Grünen
- 7.3. Einbringung der Kita-Immobilien in die WVG mbH
Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, KfV/Piratenpartei, Bürgerschaftsmitglied André Bleckmann
- 7.4. Kreditaufnahme in Höhe von 5.501.800 EUR für den Investitionshaushalt

Dez. I, Amt 20
8. Information der Verwaltung
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden
11. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 15 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Dr. König bittet nach einem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltungsspitze um Absetzung des Tagesordnungspunktes 7.3, da es hier noch Klärungsbedarf gibt. Die Vorlage wird zu einem späteren Zeitpunkt neu eingebracht.

Da es keine alternative Beschlussvorlage der Verwaltung zum Theater gibt, soll der Punkt 7.2 von der Tagesordnung genommen werden.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 10.11.2014, 25.11.2014

Niederschrift vom 10.11.2014

Herr Kolbe bemerkt, dass es beim Herunterladen der bereitgestellten Unterlagen Probleme mit der Vollständigkeit gab (Protokolle waren nicht dabei).

Des Weiteren muss im Protokoll geändert werden, dass Herr Kolbe an der Abstimmung zur Hafengebührensatzung teilnahm. Nicht abgestimmt zu diesem Tagesordnungspunkt hat Herr Bleckmann. Herr Mundt erklärt, dass dieser Sachverhalt der Bürgerschaftskanzlei, Frau Knappe, bereits mitgeteilt wurde.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Niederschrift vom 25.11.2014

Hier gibt es die Anmerkung, dass Herr Jaap nicht unentschuldigt, sondern entschuldigt war.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Information zu der Theaterfusion/ zum Eckwertepapier - Theater und Orchester im östlichen Landesteil

Beim Treffen auf Ebene der Verwaltungsspitzen und Landesregierung (Bildungsminister, Innenminister, Wirtschaftsminister, Ministerpräsident und Staatssekretäre) im Dezember wurde der überarbeitete Vorschlag des Landes (Eckpunktepapier auf der Seite des Ministeriums abrufbar) diskutiert.

Das Angebot des Landes basiert auf dem Modell 7 (Fusion zu einem Staatstheater Ost). Träger des neuen Staatstheaters sollen die bisherigen Träger der Theater Vorpommern und der Theater- und Orchester GmbH sein, als neuer Gesellschafter will das Land einsteigen. Dazu soll eine neue Theater- und Orchester GmbH gegründet werden (das Land wäre breit, darin eine Mehrheit zu halten).

Die Aufteilung der Sparten soll so erfolgen, wie bereits diskutiert (Stralsund: Oper zusammen mit einem Operorchester, Greifswald: Schauspiel und Ballett + der Intendant und der größte Teil der Verwaltung sollen in Greifswald ihren Sitz haben, Neubrandenburg: Konzert, Neustrelitz: musikalisches Schauspiel sowie Schlossgartenfestspiele).

Bis zum Jahre 2020 verpflichtet sich das Land, einen jährlichen Zuschuss von 16,289 Mio. EUR zu gewähren. Das Land ist bereit, das Theater mit 420 Personalstellen (also zusätzlich 37 Stellen) aufrechtzuerhalten (unter Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und unter Berücksichtigung von altersbedingten Fluktuationen). Die Stellen verteilen sich auf die Standorte Stralsund mit 125 ½, Greifswald 112, Neustrelitz 94, Neubrandenburg mit 85 und Putbus mit 3 ½.

Für die Sommerzeit ist ein einheitliches Konzept für die Festspiele unter Einbeziehung der mobilen Bühne und des Schlossgartens in Neustrelitz vorgesehen.

Ab 2020 sollen flächentariforientierte Löhne gezahlt werden. Die sich dann jährlich ergebenden Kostensteigerungen durch Tarifsteigerungen sollen durch Erhöhung des kommunalen Anteils und des Landesanteils ausgeglichen werden. Es wird dann ab 2020 eine Dynamisierung sowohl vonseiten des Landes als auch vonseiten der Kommunen geben.

Die verbleibende Finanzierungslücke durch Verzicht der betriebsbedingten Kündigungen soll zum einen durch in Aussicht gestellte temporäre Umstrukturierungshilfen des Landes und zum anderen durch „gemeinsame Anstrengungen“ geschlossen werden.

Des Weiteren hat das Land seine Bereitschaft erklärt, sich grundsätzlich an Sanierungen zu beteiligen.

Die ganze Einigung steht unter dem Vorbehalt, dass tariflich gesehen, Einigkeit mit der Gewerkschaft der Deutschen Orchestervereinigung besteht (Eingruppierung in die Vergütungsgruppe A, bisher B, Kilometerbegrenzung, schrittweise Tarifierung an den Flächentarifvertrag etc.).

Falls ein einzelner Träger aus diesem Modell aussteigen würde, wäre das Land nur noch bereit, diesem Träger die Mindestfinanzierung zu gewähren.

Die Frist zur Zustimmung der Kommunen ist grundsätzlich der 28.02.2015, wobei die Beschlussfassung von einigen Kommunen erst im März, in Greifswald sogar erst im April erfolgen kann.

Ergänzend erklärt Herr Dr. König, dass Greifswald gemeinsam mit Stralsund mit der TOG und dem Land Verhandlungen in Bezug auf das Eckpunktepapier aufnehmen wird.

Der Nordblock zahlt aufgrund der Gesellschafterstruktur mehr in den Theaterverbund ein als der Südblock. Die Kommunen Neubrandenburg und Neustrelitz müssen ab dem Jahre 2016 ihren Anteil an einem möglichen gemeinsamen Theater um jeweils 400.000 EUR aufstocken.

Herr Dr. König appelliert an die Ausschussmitglieder, in diesen Diskussionsprozess einzusteigen. Man muss dann sehen, ob man noch mehr Forderungen durchsetzen kann, als im Eckpunktepapier vorhanden sind.

TOP 6. **Beschlusskontrolle**

TOP 7. **Diskussion von Beschlussvorlagen**

TOP 7.1. **3. Änderungssatzung zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen vom 18.02.2008 (Beschluss.-Nr. B463-31/08)**

06/227

Die Neukalkulation geht u. a. auch auf das Haushaltssicherungskonzept zurück. Sie wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe unter Zuarbeit der Kämmerei, des Rechnungsprüfungsamtes, der Rechtsabteilung und des Haupt- und Personalamtes erstellt. Es wurde auf Basis der alten Kalkulation neukalkuliert. Abweichend von der alten Kalkulation ist auf Anraten des Rechnungsprüfungsamtes die Verzinsung der Bodenwerte (kostensteigernd) in die Neukalkulation eingeflossen. Die Aufteilung der Personalstellen ist unverändert.

Die Paragraphen wurden nicht verändert, das Kalkulationswerk hat sich lediglich mit neuen Zahlen gefüllt. Maßgebliche Beeinflussung gab es durch gestiegene Personalkosten und die Verzinsung des Bodenwertes. Es wurde eine durchschnittliche Auslastung der Marktflächen zugrunde gelegt.

In der Markt- und Gebührensatzung wurde ein Kalkulationszeitraum von 3 Jahren festgelegt.

Auf Nachfrage erklärt Herr Winckler, dass die im Haushaltssicherungskonzept angenommenen Mehreinnahmen von 8.000 EUR auf einer nicht hypothetischen Kalkulation basieren. Herr Wille ergänzt, dass es sich hier um eine Erwartung von mindestens 8.000 EUR Erträge/Jahr handelte.

Herr Dr. Kerath hätte sich bei dieser erheblichen Kostensteigerung mehr Transparenz gewünscht. Er möchte wissen, ob es in der alten Gebührensatzung Defizite oder Überhänge gab und ob diese jetzt mit einkalkuliert wurden. Herr Winckler erklärt, dass es eine Unterdeckung gab, diese aber in der Neukalkulation nicht eingerechnet wurde.

Zu den Anschaffungskosten des Marktes (744.246,25 EUR) erläutert Herr Winckler, dass es sich hier um die Gesamtkosten der Wiederherstellung der Marktoberfläche handelt, abzüglich der gezahlten Fördermittel.

Des Weiteren informiert er, dass sich der kalkulatorische Zins in Höhe von 6 % aus der Rechtsprechung ergibt.

Bezüglich Personalkosten (80.000 EUR) wird eine Aufstellung erbeten, wie sich diese auf den Marktmeister und Marktgehilfen verteilen.

Die Ausschussmitglieder hätten sich einen Vergleich (kostenmäßige Entwicklung) der Ergebnisse der Vergangenheit gewünscht.

Herr Wille gewinnt aus der Diskussion den Eindruck, dass jeder Punkt in der Kalkulation angezweifelt wird. Seiner Meinung nach ist der Finanzausschuss nicht das Gremium, um jeden Punkt zu hinterfragen. Richtigerweise hätte man sich im Vorfeld direkt an das Ordnungsamt wenden können, um die bestehenden Fragen aufzuklären.

Herr Dr. Fassbinder unterbreitet den Vorschlag, für die drei Innenstadtmärkte eine einheitliche Gebühr zu erheben. Herr Wille rät davon ab, da dann rechtlich gesehen, die Kalkulation angreifbar wäre. Herr Wixforth erwidert, dass die Bürgerschaft nicht die Kalkulation beschließt, sondern in Angesicht der Kalkulation lediglich die Gebührensätze. Die Bürgerschaft hat aber die Möglichkeit, die Kalkulation herunterzusetzen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
6 Stimmenthaltungen

Herr Wille sichert zu, eine Betrachtung der Vorjahreszeiträume mit einem IST-Vergleich nachzureichen. Ebenfalls wird eine Begründung, warum eine Unterdeckung aus Vorkalkulationen nicht berücksichtigt wurde, nachgeliefert.

TOP 7.2. Alternativmodell zur Zukunft der Theater Vorpommern GmbH

06/164.1

abgesetzt

TOP 7.3. Einbringung der Kita-Immobilien in die WVG mbH

06/229.1

abgesetzt

TOP 7.4. Kreditaufnahme in Höhe von 5.501.800 EUR für den Investitionshaushalt

06/243

Herr Wille erklärt, dass Geld zur Finanzierung des Investitionshaushaltes benötigt wird. Anhand einer PowerPoint-Präsentation informiert er über die Kreditaufnahmen in der Vergangenheit (Anlage).

Mit der Haushaltssatzung 2014 (Beschluss wurde 2013 gefasst) sah die Investitionsplanung vor, dass neue Investitionen anstehen, wofür 5.501.800 EUR benötigt werden. Die Investitionsmaßnahmen sind jetzt soweit fortgeschritten, dass diese Kreditaufnahme erforderlich wird.

Herr Wille schlägt eine Änderung in der Summe der Kredithöhe vor. Unter Vorausschau auf das Jahresergebnis wurde eine Erweiterung der Kreditgenehmigung (über 5.501.000 EUR hinaus – es handelt sich hierbei um Reste aus 2012) beim Innenministerium beantragt, der auch per 18.12.2014 zugestimmt wurde. Es wird vorgeschlagen, den Kredit um diese Summe (7.836.800 EUR) zu ändern, um den letzten Genehmigungsstand vollständig abzudecken.

Über die geänderte Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
2 Stimmenhaltungen (Frau Görs ist nicht im Raum)

TOP 8. Information der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird aufgrund der Diskussion in der letzten Bürgerschaftssitzung die Kalkulation der Hafengebührensatzung dargestellt.

Herr Wixforth und Herr Lubs erläutern die eingereichten Anfragen:

- Unter- bzw. Überdeckung bei der Kalkulation Basis 2014,
- Abrechnung Aufwand Stadthafen und Ertrag,
- Vergleich der Hafengebühren in ausgewählten Seehäfen Deutschlands und Vergleich der Hafengebühren in den Sportboothäfen der Region (s. Anlage).

Sie bitten darum, in der nächsten Bürgerschaftssitzung die schon vorgeschlagene und vorgelegte Hafengebührensatzung zu beschließen, weil möglichst schnell eine Rechtsgrundlage für den Kalkulationszeitraum benötigt wird.

Herr Mundt berichtet von einem gemeinsamen Besuch mit Herrn Dr. Fassbinder, Herrn Jaap, Herrn Hochschild und Herrn Lange bei den Seglern. Sie waren von der neuen Gebührensatzung begeistert.

Herr Dr. Fassbinder regt an, dass für den nächsten Kalkulationszeitraum ab 2016 man sich im Vorfeld schon die Entwicklung der letzten drei Jahre anschaut, bevor die Satzung erarbeitet wird.

Frau Socher bringt einen Hinweis bzgl. der Hafengebührensatzung Seehafen aus der Ortsteilvertretung Wieck/Ladebow ein. Dort wurde der Vorschlag einer Splittung unterbreitet (über den Teil des Sporthafens soll in der Bürgerschaft beschlossen werden, der Teil des Hafens Ladebow zu einem späteren Zeitpunkt).

Herr Wixforth rät davon ab, letztendlich muss investitionsmäßig etwas im Hafen geschehen, damit höhere Umschlagszahlen generiert werden können (bei höheren Umschlägen sinkt der Gebührensatz aufgrund der Fixkosten).

Der Vorsitzende der Ortsteilvertretung Wieck/Ladebow, Herr Lieschefskey, trägt die Bedenken und Nachteile einer neuen Gebührensatzung des Herrn Ott, Geschäftsführer der HLG GmbH, für den Seehafen Greifswald Ladebow vor.

TOP 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Zum Vermögensausgleich des Städtebaulichen Sondervermögens möchte Herr Bleckmann den aktuellen Sachstand wissen. Herr Wille informiert, dass es hier noch keinen neuen Sachstand gibt.

Frau Socher fragt an, wann die Robert-Bluhm-Straße eine neue Straßendecke bekommt. Diese Frage kann nicht beantwortet werden.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 11. Schluss der Sitzung

Die öffentliche Sitzung endet um 20:17 Uhr.

Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski
für das Protokoll